

## FREIE SICHT

## Begrenzung? Ja, ja, ja!

REINER EICHENBERGER

Die Schweiz soll langfristig attraktiv und offen bleiben. Deshalb bin ich gegen die Personenfreizügigkeit. Beim heutigen Wachstum könnte die Bevölkerung nur noch für wenige Jahre in die bestehenden Bauzonen hineinverdichtet werden. Schon bald müsste jährlich viel Land neu eingezont oder die Zuwanderung rabiast gestoppt werden. Beides wäre verheerend. Deshalb müssen wir die Zuwanderung jetzt selbstständig klug steuern.

Die Personenfreizügigkeit bringt weder mehr Wohlstand noch weniger Fachkräftemangel. Vielmehr wirkt sie so: Sie bringt freiere Verfügbarkeit von Personal. Das bringt Verdrängungswettbewerb und Lohndruck, aber auch neue Investitionen und Arbeitsplätze. In der Summe bringt das nur schädliches Mengenwachstum: mehr Menschen, mehr Arbeitsplätze, keine relevanten Effekte auf die Löhne und den Fachkräftemangel, mehr Verdrängung und Wiederanstellung und so mehr Stress – sowie wachsenden Mangel an Land, Infrastruktur, Umwelt et cetera. Darunter leiden alle. Gewinner sind nur diejenigen, die viel Land besitzen oder – so wie manche Manager, Verbandskader und Politiker – von der Grösse der Bevölkerung profitieren, sei es durch mehr Umsatz, grössere Budgets oder mehr Einfluss.

Aber hilft uns die Zuwanderung nicht wenigstens, die Staatsschulden zu tragen? Tatsächlich haben wir gemäss Eidgenössischer Finanzverwaltung 286 Milliarden Franken Staatsschulden (Stand 2017). Doch das ist nur brutto. Unser Staat hat auch Vermögensgüter und Forderungen von 582 Milliarden und damit ein Reinvermögen von 296 Milliarden, also rund 35 000 Franken pro Einwohner. Zuwanderer übernehmen keine Staatsschulden, sondern -vermögen. Die Drohung, ohne Personenfreizügigkeit könnten die ganzen Bilateralen I



wegfallen, ist hohl. Diese Abkommen sind wirtschaftlich wenig wert und die Alternativen gut. Das gilt auch für die Elemente gegenseitige Anerkennung von Normzeugnissen und Ausschreibung öffentlicher Aufträge. Bei ihrem Wegfall könnten die Schweizer Firmen ihre EU-Normzeugnisse einfach bei Zertifizierungsstellen in der EU erwirken und Behördenkontakte und Submissionen über EU-Töchter oder EU-Partner laufen lassen. Die allermeisten Firmen haben bereits EU-Töchter oder können sie leicht gründen. Unsere Regierung

«Jetzt ist der ideale Zeitpunkt, um die Zuwanderung selbst zu steuern.»

könnte den Firmen auch gut helfen. Sie könnte eine Organisation in der EU schaffen, die den Schweizer Firmen als EU-Partner für Normzeugnis-anträge und Submissionen für öffentliche Aufträge dient. Inspirationen für einen solchen Plan B bieten die Exportrisikoversicherung und das Swissnex Netzwerk. Schliesslich sprechen auch die aktuellen Zuwanderungszahlen für die Begrenzungsinitiative. Seit drei Jahren stagnieren sie auf hohem Niveau. Ihr Rückgang seit 2014 liegt auch daran, dass die Attraktivität der Schweiz infolge des starken Bevölkerungswachstums gesunken ist. Wir sollten deshalb unbedingt verhindern, dass die Zuwanderung wieder auf das frühere Niveau steigt. Das würde auch die EU verstehen. Jetzt ist deshalb der ideale Zeitpunkt, die Zuwanderung selbst zu steuern.

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.